









# Die Presse.

(Zweites Blatt.)

## Warum man Kriegsanleihe zeichnet.

Die Gründe sind verschieden. Man zeichnet aus dem natürlichen Gefühl heraus, daß es einfache Bürgerpflicht ist, die Mittel für den Schutz der Grenzen in geldwirtschaftlich richtigster Form aufzubringen; weil die Krieger Anspruch darauf haben, daß die Zurückgebliebenen wenigstens wirtschaftliche Leistungen vollbringen, wenn sie mit ihrer Person nicht an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen können; weil die Nichtkämpfer ihre eigene Person, ihr eigenes Vermögen, ihr Haus, ihre Felder, ihre Hypotheken, Effektenanlagen, ihr Geschäft, kurz, ihre wirtschaftliche Existenz und das eigene wie das Leben ihrer Angehörigen am besten schützen, wenn sie der Streitmacht die nötigen Geldmittel (auf die geldwirtschaftlich gesündeste Weise) verschaffen helfen; weil im Ausland die trügerische Hoffnung ruhmlos zerstört werden muß, daß das Wollen und Können in Deutschland irgendwann erlahmen werde; weil es innere Befriedigung gewährt, für die Leistungen unserer herrlichen Armee und Flotte Dank und Gruß zu senden; weil man sich vorahnend über den Jubel freut, den Kraft und Einsatz der Zurückgebliebenen in den Reihen der kämpfenden Brüder wieder auslösen werden; weil eine bessere und höher verzinsliche Anlage bei gleicher unbedingter Sicherheit nicht zu finden ist; weil es sich um eine Anlage von Spargeldern handelt, die man jederzeit wieder flüssig machen kann; weil es mit den wirtschaftlichen Kräften der Gegner zueinde geht und die Entscheidung zu unseren Gunsten also nicht mehr lange auf sich warten lassen kann; weil es mit dem Einsatz aller Waffen (U-Boote!) der Einsatz aller Geldmittel entspricht, die Entscheidung erzwingen wird; weil man gern und freudig dem einfachsten vaterländischen Gefühl zu folgen; weil man nicht beschämt zu sein, wenn das Gespräch auf Beteiligung und Nichtbeteiligung kommt; weil der Landwirt, weil Besti und Arbeit unter einem siegreichen Deutschland am meisten gesegnet sind; weil der Arbeiter, weil auch seine Lebensbedingungen aufs engste mit dem Wohlergehen des Vaterlandes verknüpfen; weil der Industrielle, der des Schutzes der Heimat und zufriedener Arbeiter bedarf; weil der Rentner, der seine Einkommensquellen vom siegreichen Vaterland beschützt haben will; weil das Alter, das am Ende seiner Tage sein Lebenswerk nicht bedroht sehen mag; weil die Jugend, aus dem vorwärtstrebenden Drange zu allem, was groß und edel ist; weil die Alte, nun, weil sie eben Herz und Verstand zugleich haben.

## Politische Tageschau.

### Die deutschen Gefangenen hinter der englischen Front.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter dieser Überschrift: England ist dem Beispiel Frankreichs, deutsche Kriegsgefangene dicht hinter der Front, im Bereiche des deutschen Feuers, unter unwürdigen Unterkunfts- und Verpflegungsbedingungen zur härtesten Arbeit zu zwingen, gefolgt. Empörende Einzelheiten berichten die wenigen Glücklichen, denen es gelungen ist, die deutschen Linien wieder zu erreichen. Es handelt sich dabei nicht um Übergriffe einzelner untergeordneter Stellen, vielmehr liegen über die Behandlung der Gefangenen ausführliche Befehle der englischen Armeekommandanten im Wortlaut vor. Nach Eingang der ersten Nachrichten über die Zustände hinter der englischen Front war schärfster Einspruch bei der englischen Regierung erhoben und gefordert worden, unverzüglich alle deutschen Gefangenen aus dem Feuerbereich, d. h. mindestens 30 Kilometer hinter die englische Front zu bringen und ihnen dort angemessene Lebensbedingungen zu gewähren. Die englische Regierung hat ausweichend geantwortet. Bis zur restlosen Erfüllung der deutschen Forderungen werden daher englische Kriegsgefangene auf dem östlichen und westlichen Kriegsschauplatz hinsichtlich Arbeit, Unterkunft und Verpflegung nach den gleichen Grundätzen behandelt, wie sie England deutschen Kriegsgefangenen gegenüber anwendet.

## Bargeld zu Hause anzufammeln und liegen zu lassen

ist töricht wegen der Gefahr des Abhandenkommens und wegen des Zinsverlustes,

zwecklos weil in 2 1/2-jähriger Kriegsdauer der untrügliche Beweis erbracht ist, daß man im Bedarfsfalle gegen Kriegsanleihe immer Geld haben kann,

schädlich für die Allgemeinheit, weil unsere Feinde aus der Verzagtigkeit Schwachmütiger stets von neuem die Hoffnung schöpfen, uns unterzukriegen.

## Was folgt daraus?

Klug, vorsichtig und nützlich handelt nur, wer sein ganzes Geld in Kriegsanleihe anlegt.

### Mitgliederversammlung der deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Die diesjährige Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in Berlin tagte, war sehr zahlreich besucht. Eine Reihe von Parlamentariern war anwesend. Den Vorsitz führte anstelle des erkrankten ersten Vorsitzers, Fabrikbesitzer Garzens-Hannover, der stellvertretende Vorsitz Landrat a. D. Roetger-Berlin. Der Geschäftsbericht, den der Syndikus der Vereinigung Dr. Taenzler, erstattete, ging im besonderen auf die zahlreichen Aufgaben des Krieges und der Übergangswirtschaft ein. Die Vereinigung umfaßt nach dem Bericht zurzeit 74 unmittelsbar angeschlossene Arbeitgeberverbände mit rund 2 Millionen beschäftigten Arbeitern. Diese Verbände umfassen wiederum zahlreiche angeschlossene Unterverbände, zusammen sind der Vereinigung 1107 Arbeitgeberverbände angeschlossen. — In der Mitgliederversammlung kam die Bereitschaft der Arbeitgeber zum Ausdruck an der Einsetzung aller Kräfte zur Erzwingung des Sieges, wie sie u. a. auch das Hilfsdienstgesetz bezweckt, mitzuwirken. Die sachgemäß aus dem Vorstand und Ausschuß ausscheidenden Herren wurden wiedergewählt. In den Vorstand neu gewählt wurden die Herren Roedling-Saarbrücken, Bergvat Siemens-Halle a. S. und Kommerzienrat Avellis-Forst i. L.

### Die Wiener Kanzlerreise.

Wie aus Wien gemeldet wird, hat die zweektägige Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in Wien den Leitern der auswärtigen Politik der beiden Mächte Gelegenheit für eine eingehende Besprechung der mit der gegenwärtigen politischen und Kriegslage zusammenhängenden Fragen geboten. Hierbei trat in allen Punkten völlige Übereinstimmung der Ansichten zutage.

### Sominos Kammeriez.

„Corriere della Sera“ schreibt zur letzten Kammeritzung: Die Kammer hat noch einmal die Klippe der politischen Abstimmung überwunden. Die Diskussion schloß mit der Feststellung der begangenen Fehler, die man hätte vermeiden können. Diese Feststellung wurde durch die Reden von der Regierungsbank nicht entkräftet. Die Kammer wurde teilweise durch die Hoffnung neutralisiert, daß die Regierung ihr Werk verbessern wolle.

### Das amerikanische Hilfswerk für Belgien.

„Associated Press“ meldet aus Washington, daß in der Regierung eine Einstellung des belgischen Hilfswerks als Folge des deutschen U-Bootkrieges in Aussicht genommen wird. Indessen soll das Hilfswerk nicht völlig aufhören, sondern durch spanische und holländische Vertreter fortgesetzt werden, falls es zum Kriege kommen sollte. Der belgische Hilfsauschuß werde auf jeden Fall die öffentliche Hilfe Amerikas nicht weiter in Anspruch nehmen.

### Das neue französische Kabinett.

Nach Meldung der „Agence Havas“ ist das neue französische Ministerium wie folgt gebildet worden: Vorsitz und Äußeres: Ribot; Justiz: Viviani; Inneres: Douge; Bewaffnungswesen: Thomas; Finanzen: Thiery; öffentlicher Unterricht: Steng; öffentliche Arbeiten Desplas; Handel: Clementel; Ackerbau: Fernand David; Verpflegung: Bioletto; Kolonien: Maginot; Unterrichtssekretär des Finanzwesens: David Vincent.

### Die Sommerzeit in Frankreich.

Die gesetzliche Sommerzeit wird in der Nacht vom 24. bis zum 25. März in Kraft treten.

### Einberufung des Kongresses der französischen Radikalen.

Lyoner Blätter melden aus Paris, das Komitee der radikalen Partei hat am Sonntag mit 80 gegen 76 Stimmen beschloffen, einen Kongreß der Radikalen einzuberufen.

### Wiedereröffnung der Theater in Frankreich.

Lyoner Blätter melden aus Paris: Die Theater dürfen vom 19. März ab ihre täglichen Vorstellungen wieder geben.

### Die irische Frage wieder brennend.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge kam im englischen Unterhause bei der Abstimmung über die Kreditforderung durch eine Frage Dalzies die irische Frage zur Sprache. Bonar Law sagte, es sei zu bedauern, daß die Nationalisten in der vorigen Woche den Sitzungssaal verlassen hätten, und er befürwortete noch einmal einen Ausgleich. Ich bin nicht sicher, erklärte er, ob die Nationalisten im Volk noch ebenso Sympathien haben wie im Parlament. Die Herren von der Gegenseite hatten es für ihre Pflicht, Opposition im alten Stil zu machen. Es ist möglich, daß die Regierung in der gegenwärtigen Zeit nicht fortgeführt werden kann, wenn man im Parlament jene alte Methode anwendet. Der Fall könnte eintreten, daß man ohne das Volk operieren müßte, und hauptsächlich deshalb, weil die nationallistischen Abgeordneten uns den Krieg nicht fortsetzen lassen wollen. Ich würde das für das allernachteiligste halten und bin überzeugt, daß die Herren auf der Gegenseite das ebenso vermeiden wollen, wie wir. Der Premierminister gab deutlich zu verstehen, daß, wenn die Ernennung einer Kommission einige Aussicht auf einen günstigen Erfolg hätte, er das mit Freuden tun würde. Seitdem, sagte Bonar Law, haben wir von keiner Seite in Irland etwas gehört, aber inzwischen erwägen wir als Regierung ernstlich, ob ein Schritt von Seiten der Regierung möglich ist. Ein nationalistischer Abgeordneter erwiderte, daß allgemeine Wahlen keine Lösung bringen könnten. (Beifall bei den Nationalisten.) Die Enttäuschung und die Unzufriedenheit der Opposition würden dadurch nur wachsen und sich verschärfen. — Redmond war bei der Debatte zugegen, ergriff aber nicht das Wort. — Law's Erklärung, daß die Haltung der

irischen Nationalisten die Regierung wider ihren Willen zu allgemeinen Wahlen zwingen könnte, hat Überraschung hervorgerufen. Die liberalen Blätter fragen, inwiefern allgemeine Wahlen das irische Problem lösen könnten. — „Times“ appelliert an die Nachgiebigkeit von Ulster. — „Daily Telegraph“ hält es für sehr wahrscheinlich, daß, wie Asquith vorgeschlagen hat, eine Kommission ernannt werden wird. — Eine weitere Londoner Meldung vom Sonnabend besagt: Es gehen Gerüchte herum, daß heute in Irland Kundgebungen zu erwarten seien. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß der Bevölkerung befohlen wurde, in den Häusern zu bleiben, aber die Mitteilung Bonar Law's im Unterhause, daß es notwendig sein könnte, an das Land zu appellieren, um die irische Frage zu ordnen, wird in vielen Kreisen als Anzeichen dafür aufgefaßt, daß wieder etwas im Anzuge ist.

### Einschränkung des Eisenbahnverkehrs in Spanien.

„Temps“ meldet aus Madrid: Angehörig der Überlastung der Eisenbahnlinien hat die Regierung beschloffen, alle Sendungen nach Frankreich zeitweilig einzustellen; desgleichen soll der Personenerverkehr eingeschränkt werden.

### Die Sommerzeit in Skandinavien.

Die norwegische Regierung ersuchte die dänische und die schwedische Regierung zur Beratung der Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit. Die dänische und die schwedische Regierung gaben ihre Zustimmung, sodas die Konferenz am 20. März in Christiania stattfinden wird.

### Ententekonferenz in Petersburg.

Wie aus London berichtet wird, soll die Einberufung der nächsten Ententekonferenz bevorstehen, die in Petersburg stattfinden wird.

### Der neue Kaiser von Aethiopien.

„Agence Havas“ meldet aus Addis Abeba: Ras Georgis, der Vetter Meneliks, der kürzlich in inneren Kämpfen siegreich war, wurde am 14. März zum Kaiser gekrönt. Die Ruhe in Aethiopien wird bald wieder hergestellt sein.

### Aus Amerika.

Nach einer Meldung von Washington hat der Botschafter Gerard dem Präsidenten Entschuldigungen über angebliche deutsche Komplote gegen Amerika gemacht. Die gespannte Lage zwischen Deutschland und Amerika werde dadurch verschimmert. — „Associated Press“ meldet aus Washington, das Warindepartment dementiere amtlich die veröffentlichten Berichte, nach denen zwei Matrosen von dem internierten Dampfer „Arionprinz Wilhelm“ von amerikanischen Marineoffizieren erschossen und sechs weitere nach einem Kampf an Bord des Schiffes in Philadelphia verhaftet worden wären. Staatssekretär Daniels sagte, es haben keinerlei Anruhen stattgefunden.

### Der amerikanische Eisenbahnerstreik beigelegt.

Aus Newyork wird gemeldet: Die Möglichkeit, daß der oberste Gerichtshof am Montag seine Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit der Achtstundentag-Bill fällen wird, wurde bei der Verschiebung des Eisenbahner-Ausstandes um 48 Stunden von beiden Teilen in Betracht gezogen. Die Eisenbahngesellschaften glauben, daß der Streik vermieden werden kann. — Ein weiteres Newyorker Telegramm meldet: Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt. Das Abkommen, durch das der Eisenbahnerstreik verhindert wird, wurde Montag früh von den Leitern und Führern der Eisenbahnerverbände unterzeichnet. Es bewilligt den Leuten den 8-Stundentag und Bezahlung von Überzeiten zum Mindestmaß von einem Achtel des Tageslohns für die Stunde. — Das Oberlandesgericht in Washington hat die Veränderungsmöglichkeit des Gesetzes, welches den Eisenbahnern den 8-Stundentag gewährt, bestimmt.

## Deutsches Reich.

Berlin, 19. März 1917.

— Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, ist am Sonnabend der kaiserliche Gesandte z. D. Dr. Hans von Miquel, der jüngste Sohn des verstorbenen Staatsministers Johannes von Miquel nach seinem Leiden im Alter von 45 Jahren gestorben.

— In der gestrigen Sitzung des rheinischen Provinziallandtags wurde von dem Plan Mitteilung gemacht, die Rheinproving mit einem Netz von Faserwerkstoffwerken zu versehen.

— Auf die neue Kriegsanleihe zeichneten: Die Müllexer-Berufsgenossenschaft in Friedenau eine Million, die Metallwarenfabrik Louts Busch in Mainz 3 Millionen, Frau Otto Andrae in Köln 1 Million, die Straßeneisenbahn-Gesellschaft in Hamburg 1 Million, die Spartasse Preeß 1 1/2 Millionen, die Fabrik Groß Gerau-Bremen 1 Million, die städtische Spartasse in München-





